

Was ändert sich 2026?

Neue Regeln in zahlreichen Bereichen

Zum Jahresende 2025 wurden noch eine Reihe von Verordnungen und Gesetzen verabschiedet. Einige gelten schon seit dem 01. Januar 2026. Andere Regelungen wurden schon vor längerem beschlossen, treten aber erst 2026 in Kraft. Im Folgenden finden Sie eine Übersicht über die wesentlichen Änderungen, alphabetisch geordnet.

Aktivrente

Für Mitarbeiter, die das gesetzliche Rentenalter erreicht haben, gibt es die Möglichkeit, bis zu 2.000 Euro steuerfrei zu verdienen, wenn sie freiwillig weiterarbeiten. Ein paralleler Rentenbezug ist möglich. Kranken und Pflegeversicherungsbeiträge müssen gezahlt werden.

Aktivrentengesetz v. 19.12.2025

Beitragsbemessungsgrenzen

Die aktuellen Beitragsbemessungsgrenzen für das Jahr 2026 können Sie dem beigelegten Infoblatt „Wissenswertes“ entnehmen.

Sozialversicherungsrechengrößenverordnung v. 21.11.2025

Betriebsrenten

Durch das 2. Betriebsrentenstärkungsgesetz vom 19.12.2025 sollen auch kleine Betriebe ihren Mitarbeitern eine Betriebsrente anbieten können.

CO₂-Zertifikate versteigern

Die Kosten für Öl, Gas, Benzin und Diesel dürften steigen, da die CO₂-Zertifikate künftig durch die Energiebörse European Energy Exchange in Leipzig versteigert statt zum Festpreis verkauft werden.

<https://www.eex.com/de/>

Druckluftverordnung

Die Druckluftverordnung wird außer Kraft gesetzt. Deren zentrale Inhalte werden in andere Arbeitsschutzverordnungen überführt.

5. November 2025 Maßnahmen zum Bürokratieabbau

Förderung von E-Autos

Die bisherige Steuerbefreiung für E-Autos



gilt nun für 2026 neu zugelassene reine E-Autos oder umgerüstete Autos bis zum 31.12.2030.

Wer unter 80.000 Euro netto/Jahr verdient, soll eine Kaufprämie von 3.000 – 5.000 Euro bekommen, sofern die EU zustimmt.

<https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/e-autos-steuerfrei-2389328>

Energiesteuergesetz

Im Energiesteuergesetz treten neue Regeln in Kraft. Die bislang befristete Stromsteuerentlastung für das produzierende Gewerbe sowie Land- und Forstwirtschaft soll dauerhaft auf den EU-Mindeststeuersatz von 0,05 Ct/kWh gesenkt werden. Hiervon seien rd. 600.000 Unternehmen betroffen.

Referentenentwurf, Bundesministerium für Finanzen vom 23. Juli 2025

EU-Entgelttransparenzrichtlinie

Bis zum 07. Juni 2026 muss die EU-Entgelttransparenzrichtlinie in Deutschland umgesetzt werden. Dies bedeutet für Sie, dass Sie mehr Auskunft- und Dokumentationspflichten haben werden.

EU-Richtlinie 2023/970 vom 10. Mai 2023

EU-Entwaldungsverordnung

Die Entwaldungsverordnung, die umfangreiche Dokumentationen verlangt, wurde Anfang Dezember erneut verschoben und soll erst Ende 2026 in Kraft treten.

EU 2023/1115 vom 31. Mai 2023

E-Rechnungen

Ab 2027 sollen E-Rechnungen im B2B verpflichtend werden. Deshalb müssen in den Unternehmen in diesem Jahr Vorbereitungen erfolgen. Buchhaltung und ERP-Systeme müssen angepasst werden. Dieses Gesetz soll durch weitere Digitalisierung der Abläufe dem Bürokratieabbau dienen.

BGBl. I 2024 Nr. 108 vom 27. März 2024

Gasspeicher-Umlage

Die Umlage in Höhe von 0,289 Cent pro kWh wurde im Rahmen des Energiepreis-Entlastungspakets abgeschafft.

Gesetz zur Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes sowie zur Änderung des Kohleverstromungsbeendigungsgesetzes v. 28.11.2025

EU-Gebäuderichtlinie (EPBD)

Besonders Immobilienbesitzer, Bauunternehmen und Betriebe mit eigenem Gebäudebestand müssen bis Ende Mai 2026

die überarbeitete EU-Gebäuderichtlinie umsetzen. Sie enthält strengere Regeln für Energieeffizienz und Infrastruktur, z.B. Vorgaben für Ladestationen von E-Autos.

EU-Richtlinie 2024/1275 vom 24. April 2024 – Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden

EU-Gewährleistungslabel

Das EU-Gewährleistungslabel soll ab dem 27.09.26 für mehr Transparenz bei den Produktinformationen sorgen und gilt für alle Händler, die innerhalb der EU Waren mit Gewährleistung verkaufen.

EU-Richtlinie 2024/825, Änderung und Aktualisierung der Verbraucherrechterichtlinie 2011/83/EU



Gewerbeabfall

Die dritte Novelle der Gewerbeabfallverordnung gilt für alle Gewerbebetriebe und enthält strengere Trenn- und Dokumentationspflichten, um das Recycling zu fördern. Sie ist noch nicht vom Bundesrat verabschiedet. Evtl. tritt sie ab Juli 2026 in Kraft.

Novelle der Gewerbeabfallverordnung

Industriestrompreis

Wenn die EU zustimmt, soll es einen vergünstigten Industriestrompreis von ca. 5 Cent pro kWh geben. Anfang Januar 2026 gibt es noch keine endgültige Genehmigung der EU.

Kfz-Steuer

Die Kfz-Steuer wird zu einer Jahresgebühr, Teilzahlungen sind nicht mehr möglich.

Kraftfahrzeugsteuergesetz

KI-Verordnung

Die KI-Verordnung trat am 01. August 2024 in Kraft. Einige Regelungen gelten schon, andere sollen in diesem Jahr folgen. (Siehe auch ZHH-Info 9/2024) Ab dem 02. August 2026 müssen mit Hilfe von KI erstellte Dokumente gekennzeichnet werden.

ZHH-Info 1/2026



Am 19. November 2025 hat die EU-Kommission nun ein digitales **Omni-buspaket** vorgestellt, um das digitale Regelwerk der EU so zu vereinfachen und zu harmonisieren, dass Unternehmen – insbesondere im Bereich Daten, KI und digitale Dienste – effizienter agieren können.

<https://ai-act-law.eu/de/>

Kurzarbeitergeld

Kurzarbeitergeld wird weiterhin bis zu 24 Monate gezahlt. Die schon geltende Sonderregelung wurde um ein Jahr (bis Ende 2026) verlängert.

Verordnung des Arbeitsministeriums

Mindestausbildungsvergütung

Azubis, die im Laufe des Jahres 2026 in ihr erstes Lehrjahr starten, verdienen mindestens 724 Euro brutto, was einer Erhöhung gegenüber 2025 von 6,2% entspricht. Für das 2. Lehrjahr steigt das Entgelt auf 854 Euro und für das dritte auf 977 Euro sowie für das 4. Lehrjahr auf 1.014 Euro.

19 Bauberufe bekommen ab August neue Ausbildungsordnungen, die besonders die Bereiche Nachhaltigkeit, Digitalisierung sowie Arbeits- und Gesundheitsschutz betreffen. In 16 dreijährigen Ausbildungsberufen wird die Zwischenprüfung durch eine „gestreckte Abschlussprüfung“ ersetzt, die 40% der Abschlussprüfung abdeckt.

Berufsbildungsgesetz

Mindestlohn und Minijob

Der Mindestlohn ist zum 1. Januar auf 13,90 Euro brutto / Stunde gestiegen, dies bedeutet auch eine Erhöhung der Minijob-Grenze auf 603 Euro / Monat. BGBl 2025 / Nr. 268 vom 07.11.2025

Produkthaftung

Die Produkthaftungsrichtlinie soll bis zum 09.12.2026 umgesetzt werden, auch KI und Software werden künftig berücksichtigt. Werden Produkte nach Inverkehrbringen stark verändert, haftet derjenige, der die Produkte verändert hat.

EU-Richtlinie 2024/2853

Recht auf Reparatur

Das Recht auf Reparatur von Elektrogeräten führt ab dem 31. Juli 2026 dazu,

dass Händler mehr Informationen bereitstellen müssen.

EU-Richtlinie v. 10.07.2024 – Right to Repair

Sachbezugswerte

In unserer Beilage „Wissenswertes“ finden Sie eine Übersicht der wichtigsten Sachbezugswerte, die in diesem Jahr gelten. Die Werte sind im Vergleich zum Vorjahr weiter angestiegen.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Schufa-Score

Ab Ende März wird die Schufa einen neuen Zugang zum persönlichen Schufa-Score ermöglichen. Um den kostenfreien Service nutzen zu können muss man sich einmal registrieren und freischalten lassen:

www.meineschufa.de/lp/schufa-warteliste



Die Online-Identifizierung erfolgt über den Personalausweis mit aktivierter Online-Ausweisfunktion (oder per Brief).

Auch die Kriterien wurden vereinfacht, so dass es leichter wird, die eigene Kreditwürdigkeit einzuschätzen

www.schufa.de

Schwarzarbeit

Schon im November 2025 wurde das „Gesetz zur Modernisierung und Digitalisierung der Schwarzarbeitsbekämpfung“ beschlossen. Die besonders betroffenen Branchen wurden ausgeweitet und die Kompetenzen des Zolls erweitert.

Gesetz zur Modernisierung und Digitalisierung der Schwarzarbeitsbekämpfung

Schriftform

Weitere Schriftformvorgaben sollen teilweise durch Textform ersetzt werden.

5. November 2025 Maßnahmen zum Bürokratieabbau

Sicherheitsbeauftragte

Betriebe mit weniger als 50 Beschäftigten sollen künftig keinen Sicherheitsbeauftragten mehr benötigen, und Unternehmen bis zu 250 Mitarbeitern können sich auf einen einzigen beschränken.

5. November 2025 Maßnahmen zum Bürokratieabbau

Solardachpflicht

Die Solardachpflicht bewirkt u.a., dass bei Dachsanierungen in Bestandsbauten auch Photovoltaikanlagen genutzt werden müssen.

Erneuerbare-Energien-Gesetz

Aufstockung der Teilzeitstunden

Wenn Teilzeitbeschäftigte mindestens für zwei Jahre ihre Stundenzahl erhöhen, dann sollen sie eine Prämie von bis zu 225 Euro pro zusätzlicher Stunde (maximal 4.500 Euro) zusätzlich zum Entgelt steuer- und sozialabgabenfrei erhalten können.

Referentenentwurf Arbeitsmarkstärkungsgesetz 12.09.2025.

Umweltwerbung (Green Claims Directive) – Greenwashing

Bis zum 27. März 2026 muss die EU-Richtlinie vom 26. März 2024 in den Mitgliedsstaaten umgesetzt werden. Ab dem 27. September wird sie dann angewendet. Nur wenn überprüfbare Daten vorliegen, darf dann mit Begriffen wie „klimaneutral“ oder „umweltfreundlich“ geworben werden.

<https://www.umweltbundesamt.de/themen/neue-eu-regeln-gegen-greenwashing-verabschiedet>

Verkehrswege

Der Bau von Verkehrswegen (Strasse, Schiene und Wasser) soll schneller werden. Hierzu sollen Genehmigungsverfahren digitalisiert werden, verschiedenste Vorgaben gestrafft und verbindliche Termine gesetzt werden. Das Gesetz tritt wahrscheinlich Mitte 2026 in Kraft.

Infrastruktur-Zukunftsgesetz

EU-Verpackungsverordnung (PPWR)

Die neue Verordnung gilt ab dem 12. August 2026 und reformiert das Abfallrecht in weiten Teilen. Importeure, Händler und Hersteller müssen ab August neue Kennzeichnungen, Recyclingvorgaben und Lizenzierungspflichten beachten.

https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=OJ:L_202500040

Widerrufsbutton

Ab dem 19. Juni 2026 ist es erforderlich, im Onlinehandel einen gut erkennbaren Widerrufs-Button auf der Internetseite anzubringen. Verbraucher können dann im Netz geschlossene Verträge mit einem Klick widerrufen.



Gesetz zur Änderung des Verbrauchervertrags- und des Versicherungsvertragsrechts (EU Verbraucherrechtlichlinie)

Quellen (u.a.): IHK Cottbus, Deutsche Handwerkszeitung, Bundesregierung, verschiedene Ministerien

Fotos: Adobe